



Grüne: Landratsamt-Erweiterungsbau nicht finanzierbar

Geplante Kosten inzwischen auf weit über 100 Mio. Euro gestiegen

Moderne und gut ausgestattete Arbeitsplätze sind für eine gute Verwaltung unerlässlich. Nur so können qualifizierte MitarbeiterInnen gehalten und gewonnen werden. Es ist unbestritten, dass die derzeitigen Arbeitsplätze im Landratsamt modernisiert werden müssen.

Der Entwurf des Erweiterungsbaus vom Landratsamt, der sogenannte "Lechkiesel", ist architektonisch ansprechend. Jedoch ist dieser mittlerweile so teuer geworden, dass sich der Landkreis dies schlichtweg nicht mehr leisten kann.

Die Planungen begannen mit knapp 30 Mio. Euro, aber mittlerweile sind die Kosten auf weit über 100 Mio. Euro gestiegen und werden noch weiter steigen. Dabei ist der bereits geplante 2. Bauabschnitt noch nicht berücksichtigt. Um das benötigte Geld zu beschaffen, stehen zwei Wege zur Verfügung: entweder die Erhöhung der Abgaben der Gemeinden an den Kreis (Kreisumlage) oder eine höhere Verschuldung. Der Landrat plant bereits beide Möglichkeiten, um das Vorhaben überhaupt finanzieren zu können.

Die Verschuldung des Landkreises beträgt derzeit 33 Mio. Euro (Stand 31.12.23) und soll bis 2027 auf über 250 Mio. Euro steigen. Das bedeutet, dass heute jeder Einwohner des Landkreises mit 327 Euro verschuldet ist, während der bayernweite Schnitt nur bei 154 Euro liegt (Stand: 31.12.2021, Platz 64 von 71 Landkreisen). Gemäß der Planung wird die Verschuldung pro Einwohner extrem auf über 2400 Euro steigen. Damit wäre der Landkreis Landsberg am Lech 2027 der am höchsten verschuldete Landkreis in ganz Bayern und benötigte damit die höchsten Abgaben (Kreisumlage) seiner Gemeinden (Planungsstand: 31.12.23).

In den letzten Jahren wurden mehrere Außenstellen für das Landratsamt angemietet, wofür derzeit Netto-Mieten in Höhe von gut 1,1 Mio. Euro anfallen. Mit einem Kredit über 40 Jahre und selbst bei einem günstigen Zinssatz von 2% könnte man damit nur etwa 30,3 Mio. Euro finanzieren, aber niemals den über 100 Mio. teuren „Lechkiesel“! Viele Städte haben inzwischen massive Leerstände bei den Büroflächen, selbst die Immobilien Entwickler investieren nicht mehr in Bürohochhäuser. Ist ein teurer Neubau des Landratsamtes mit Schaffung von neuen Büroflächen in diesem Kontext sinnvoll?

Wesentliche Prämissen haben sich seit der Grundsatzentscheidung von 2016 geändert. Die Kosten des „Lechkiesels“ haben sich auf über 100 Mio Euro mehr als verdreifacht. Die Digitalisierung wurde durch Corona einen deutlichen Schritt vorangebracht und wird weiter voranschreiten. In Folge führt dies zu einer Reduzierung von Arbeitsplätzen. Hinzu kommen die

zunehmenden Möglichkeiten von Homeoffice und mobilem Arbeiten, wodurch der Raumbedarf anders zu beurteilen ist als vor 8 Jahren. Peter Friedl, Grüner Fraktionsvorsitzender im Kreistag fasst es zusammen: „Verantwortungsvolle Politik bedeutet, Veränderungen der Rahmenbedingungen bei aktuellen Entscheidungen zu berücksichtigen.“

Gemeinsam mit allen Beteiligten müssen wir jetzt zeitnah umsetzbare und wirtschaftlich tragbare Lösungen im Interesse der MitarbeiterInnen suchen. Mosaiksteine eines gemeinsamen kostengünstigeren Gesamtkonzeptes könnten die Erweiterung und Modernisierung des bestehenden Landratsamtes sein, die Auslagerung der KFZ-Zulassungsstelle, Anreize für Homeoffice und mobiles Arbeiten sowie die Gestaltung flexibler Arbeitsplätze im Landratsamt. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, LRA-Außenstellen in größeren Bestandsgebäuden oder einem günstigeren Neubau zusammenzulegen, sei es in Miete oder als Landkreiseigentum.